



Mode-Märchen aus Bremen

„Ausfaltung“ heißt die Kollektion, aus der dieses Kleid stammt, das sicher nur bedingt alltagstauglich ist. Das trifft allerdings nicht auf alle Mode-Entwürfe zu, die in der neuen Publikation der Hochschule für Künste Bremen mit dem Titel „AUS – DAS MAGAZIN“ zu sehen sind. FOTO: NEELE SAKAUTZKY

Berichte Seiten 20 und 21

Bremen hofft auf mehr Hilfe

Vorschlag von Wolfgang Schäuble und Olaf Scholz zum Länderfinanzausgleich stößt auf Zustimmung

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Rund 92 Millionen Euro pro Jahr könnten zusätzlich in die bremische Kasse fließen, wenn die Regierungschefs der Länder voraussichtlich im Herbst Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) folgen. Beide haben zur Reform des Länderfinanzausgleichs vorgeschlagen, dass künftig bei der Verteilung der Steuersummen alle Bundesländer pro Kopf etwas mehr bekommen. Für jeden der rund 650.000 Einwohner des Bundeslandes Bremen würde demnach ein Betrag von 142 Euro überwiegen.

Dabei geht es nur um den Länderfinanzausgleich. Hinzu kommen die Bemühungen Bremens und des Saarlandes um Sonderhilfen, die mit der besonders schlechten Finanzlage dieser beiden Bundesländer begründet werden. Bisher erhält Bremen eine sogenannte Zinshilfe von 300 Millionen Euro. Parallel zur Einführung der Schuldenbremse ab 2020 soll diese Summe deutlich steigen. Bei einem Schuldenstand von gut 20 Milliarden Euro muss das Land allerdings jährliche Zinszahlungen von über

600 Millionen Euro einplanen. Die CDU-Fraktion erinnerte am Dienstag daran, dass der neu gewählte Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) erklärt habe, er denke an eine finanzielle Unterstützung von 500 Millionen Euro jährlich. Die Sprecherin der Christdemokraten, Rebekka Grupe sagte: „Daran werden wir ihn messen – wir sehen der weiteren Entwicklung erwartungsvoll entgegen.“

2016 ist ein Wahljahr – mit Abstimmungen über die Landesparlamente in fünf Bundesländern sowie Kommunalwahlen in Niedersachsen und Hessen. Vor diesem Hintergrund hatten sich die Ministerpräsidenten aller 16 Bundesländer vorgenommen, den geltenden Länderfinanzausgleich, der bis 2019 befristet ist, möglichst schon bis Ende vergangenen Jahres zu reformieren.

Das gelang nicht, und angesichts der vielen Wahlen im kommenden Jahr soll nun spätestens bis Herbst ein Beschluss über die künftigen Steuerströme zwischen dem Bund und den Ländern und den Ländern untereinander gefasst werden. Insgesamt fließen pro Jahr laut Finanzbehörde knapp neun Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich. Bremen erhielt davon 2014 rund 660 Millionen Euro.

Ein Schäuble-Scholz-Vorschlag sieht vor, dass über den Länderfinanzausgleich allen Bundesländern ab 2020 eine höhere Zuwendung pro Einwohner zugebilligt wird. Am meisten profitierte nach diesem Modell das Land Berlin mit einem Betrag von 155 Euro, auf Rang zwei gefolgt von Bremen mit 142 Euro. Auf Nummer drei käme mit 110 Euro der dritte Stadtstaat, Hamburg.

Der Bremer Finanzwissenschaftler André Heinemann erinnerte daran, dass es im Vergleich zu einem Vorschlag des Bundes vom April in etwa eine Verdopplung wäre, wenn auf diesem Weg gut 92 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich an Bremen gingen. Sollte dies unter den Ländern und im Verhältnis zum Bund jetzt auf Zustimmung stoßen, dann sei dies ein Signal, dass in den Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich „die Zielgerade erreicht“ sei.

Im Gespräch ist unter anderem, dass den Ländern vom Bund mehr vom Umsatzsteuervolumen zugestanden wird. Oder dass die Bundesregierung den Finanzausgleich insgesamt um etwa eine Milliarde

Euro aufstockt. Und nach dem Vorschlag von Schäuble und Scholz könnte auch die Finanzkraft von Kommunen künftig eine größere Rolle spielen, wenn über die Zuwendungen für Bundesländer entschieden wird. Dort, wo es wohlhabende Kommunen gibt, würde weniger Geld ankommen – und für Regionen mit Haushaltsnotlage gäbe es einen größeren Finanzspielraum.

Bremen hält dies für einen Schritt in die richtige Richtung, wirbt aber dafür, die kommunalen Kassenstände komplett in die Berechnungen zum Länderfinanzausgleich einfließen zu lassen. Die Hansestadt hat sich unter anderem mit Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammengesetzt, um Wissenschaftler um eine Bewertung zu bitten. Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) sieht ihre Position unterstützt: „Die Gutachten belegen, dass die kommunale Finanzkraft im bundesstaatlichen Finanzausgleich vollständig einzubeziehen ist.“ Finanzwissenschaftler Heinemann sagte, Bremen helfe jeder Euro. Eine „große Regelung“, die das Bundesland von den Altschulden entlaste, liege aber offenbar nicht mehr auf dem Verhandlungstisch. **Kommentar Seite 2**

Weitere Milliarden für Griechenland

Brüssel-Athen. Der Rahmen für neue Milliardenhilfen an Griechenland steht: Experten Athens und der Geldgeber haben sich auf Voraussetzungen für Kredite von bis zu 86 Milliarden Euro verständigt. Nach der „Grundsatzvereinbarung (...) auf technischer Ebene“ in der Nacht zum Dienstag fehle nur noch eine „Einigung auf politischer Ebene“, sagte eine Sprecherin der Brüsseler EU-Kommission. Bereits am Donnerstag soll das Athener Parlament abstimmen, am Tag darauf könnten die Finanzminister der Euro-Staaten zustimmen. Danach müssten noch der Bundestag und einige andere nationale Parlamente grünes Licht geben.

Wie schon in der Vergangenheit soll Athen die Finanzhilfen nur gegen weitreichende Reform- und Sparzusagen erhalten. Die Athener Zeitung „Kathimerini“ veröffentlichte eine Liste mit Vorgaben der Gläubiger. Demnach sollen die Abgaben für Reeder erhöht, mehr Steuerfahnder eingesetzt sowie Steuerbegünstigungen für Landwirte und die Ägäisinseln abgeschafft werden. Außerdem solle die umstrittene Immobiliensteuer weiter gelten und Steuer-sündner nicht länger erlaubt werden, ihre Schulden in Raten abzustottern. Die stufenweise Abschaffung der Frührente, ein Plan zur Rekapitalisierung angeschlagener Banken und zum Umgang mit faulen Krediten sowie die vollständige Liberalisierung des Energiemarktes und weitreichende Privatisierungen gehören demnach ebenfalls zum Paket. **Standpunkt Seite 2**

SOMMERSITZ

Bootsbauer im Hohentorshafen 11

Im kleinen Hafenbecken kurz vor Woltmershausen sanieren Bootsbauer alte Segelschiffe. Dort haben sich auch Architekten und Museumsgestalter Büros mit Blick aufs Wasser eingerichtet.

DER NORDEN

Auf der Suche nach einer neuen Frucht 15

Äpfel und Birnen lassen sich nicht vergleichen, sagt der Volksmund. Man kann sie aber kreuzen. Bis dabei eine marktreife Frucht entsteht, wird es wohl aber noch ein paar Jahre dauern.

SPORT

110 000 Arbeitsplätze durch die Bundesliga 25

Die Fußball-Bundesliga schafft bundesweit 110.000 Arbeitsplätze. Das geht aus der Studie „Wachstumsmotor Bundesliga“ der Unternehmensberatung McKinsey hervor.

WIRTSCHAFT

„Stromkonzerne müssen auf Dauer haften“ 17

Die Energieexpertin Claudia Kemfert fordert schärfere Haftungsregelungen für Kernkraftwerk-Betreiber. Es gelte zu verhindern, dass sich Konzerne durch eine Abspaltung des Atomgeschäfts aus der finanziellen Verantwortung ziehen, sagte die Abteilungsleiterin beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im WESER-KURIER-Interview.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	30	Rätsel & Roman	29
Fernsehen	14	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	13	Veranstaltungsanzeigen	6

Google baut neuen Konzern

Mountain View. Der Internetkonzern Google steht vor dem größten Umbau seiner Geschichte. Das lukrative Web-Geschäft mit der Suchmaschine und der Online-Werbung wird von neuen Projekten wie selbstfahrenden Autos oder Drohnen getrennt werden. Die Kern-Firma heißt weiterhin Google, wandert aber unter das Dach eines neu geschaffenen Mutterkonzerns mit dem Namen Alphabet. Andere Sparten wie der Spezialist für Heimvernetzung Nest oder das Innovationslabor Google X werden zu eigenständigen Firmen in der Alphabet-Holding.

Der Umbau solle das Geschäft des Unternehmens transparenter machen, schrieb Google-Mitgründer Larry Page in einem Blogbeitrag am späten Montag. Er wechselt vom Chefposten bei Google an die Spitze von Alphabet. Das Online-Kerngeschäft, das weiter Google heißt, soll der Top-Manager Sundar Pichai führen. Der 43-jährige Pichai galt bereits als rechte Hand von Page in dem Bereich und bekam in den vergangenen Monaten immer mehr Verantwortung übertragen.

Nach der Ankündigung von Google haben viele Internet-Nutzer die Website unter der Adresse Alphabet.com gesucht. Die gehört jedoch einer Tochter des deutschen Autobauers BMW. Die Firma, die ebenfalls Alphabet heißt, ist auf Mobilitätslösungen für Unternehmen spezialisiert und bietet unter anderem Fuhrparkservices an. **Kommentar Seite 2-Thema Seite 3**



Null und nichtig



Anke Landwehr über die Zeugen Jehovas

Am 12. Mai 2011 hat die Bremische Bürgerschaft eine Entscheidung getroffen, die ihr jetzt vom Bundesverfassungsgericht um die Ohren gehauen worden ist: Es lag nicht im Ermessen der Abgeordneten, den Zeugen Jehovas die Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts zu verweigern. Der Artikel in der Landesverfassung, auf dessen Grundlage der Beschluss gefasst wurde, ist mit dem Urteil null und nichtig geworden.

Die Legislative darf nicht Aufgaben an sich ziehen, die der Exekutive unterliegen, und sind die Beweggründe noch so edel. Dass die Zeugen Jehovas nicht zimperlich mit Abtrünnigen umgehen, weiß man aus Berichten von Aussteigern. Und dass sie sich anmaßen, ihre wehrlosen Kinder lieber sterben zu lassen, als in medizinischen Notfällen Bluttransfusionen zuzulassen, ist ebenfalls hinlänglich bekannt.

Mit diesen menschenverachtenden Verhaltensweisen hat sich das Bundesverfassungsgericht indes nicht befasset, sondern allein mit der Frage, ob Bremen die Gewaltenteilung eingehalten hat. Das hat es nicht. Stattdessen hat das kleinste Bundesland einmal mehr seinen ganz eigenen Weg eingeschlagen. Keine andere Landesverfassung in Deutschland hätte einen Beschluss wie in Bremen zugelassen.

Nun ist also die Senatskanzlei am Zuge, einen Weg aus dem Dilemma zu finden. Denn wenn die Zeugen Jehovas in den meisten anderen Bundesländern auch bereits als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt worden sind, ist der Gedanke doch erschreckend, dass sie beispielsweise Kirchensteuern über den Staat einziehen oder ihre kruden Lehren an Schulen verbreiten dürfen. **Bericht Seite 9**

anke.landwehr@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Glenn Carter



Eigentlich ist in den Theatern Sommerpause, doch die Hamburgische Staatsoper schließt ab Mittwoch ihre Türen auf für eines der erfolgreichsten Musicals überhaupt: „Jesus Christ Superstar“, von Andrew Lloyd Webber 1970 komponiert. Die Hauptrolle in der Tourneeproduktion spielt Glenn Carter. Der Brite hat schon eine ganze Menge Erfahrung als Bühnen-Erlöser: Er hat die Rolle bereits am Broadway und im Londoner West-End gespielt.

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
24°	15°	40%

Teils bewölkt, teils Sonne
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

